

Das Gespenst des Antikommunismus

von Christoph Meyer

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Es ist das Gespenst des Antikommunismus. Gespenster machen Angst, auch wenn es sie – einmal streng wissenschaftlich betrachtet – eigentlich gar nicht gibt. Aber die Ängste, welche sie verursachen, die sind real. Sie wirken auf das politische Bewusstsein der Menschen. Sie beeinflussen Umfragen, politische Karrieren, Wahlergebnisse und gar Regierungsbildungen.

Appelle an die niederen Instinkte

„Ypsilanti, Al Wazir und die Kommunisten stoppen“ – so ließ CDU-Rechtsausteiler Koch im hessischen Landtagswahlkampf plakativ. Er appellierte damit an niedere „Instinkte“, an ausländerfeindliche und an antikommunistische Haltungen

In der politischen Verantwortung macht sie Realpolitik

und Ängste. Dabei sind Andrea Ypsilanti und Tarek Al-Wazir Deutsche, und die Linkspartei ist nicht

kommunistisch. Allenfalls linkspopulistisch. Wo sie – wie im Osten – einmal in politische Verantwortung gerät, macht sie „Realpolitik“, im Ergebnis kaum zu unterscheiden von der SPD beziehungsweise in Dresden, wo ihre Fraktionsmehrheit gemeinsam mit den „Bürgerlichen“ die städtische Wohnungsgenossenschaft privatisiert hat, von der CDU.

Nein, Kommunisten sind Oskar Lafontaine, Gregor Gysi, die von der Schröder-Agenda enttäuschten Gewerkschafter im Westen und die braven, staatstragenden Post-SED-Sozialisten in der ehemaligen DDR nicht. Und wo sich in der „Linken“ oder in ihrer Nähe Funktionäre zum Kommunismus bekennen, sind sie in einer hoffnungslosen Minderheit. Sarah Wa-

genknecht, die als Rosa-Luxemburg-Abklatsch durch die Talkshows tingelt, ist vor allem Selbstdarstellerin, hat aber politisch kaum mehr Substanz als die DKP-Frau Christel Wegner in Niedersachsen, die für ihre Verteidigung von Stasi und Grenzregime auch gleich innerhalb der „Linken“ politisch kaltgestellt wurde.

Ost-West-Konflikt und Angst vor dem Kommunismus?

Die aktuelle Demoskopie beschäftigt sich vorwiegend mit Wahlprognosen, kaum jedoch mit etwaigen Ängsten in der Bevölkerung vor einer wie auch immer gearteten kommunistischen Gefahr. Dabei war das in der alten Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren noch eine

In den 50er und 60er Jahren war das noch anders

ganz andere Sache. Bei damaligen Umfragen stand die Sorge um die Sicherheit vor dem Kommunismus, die „Angst vor den Russen“ ganz oben in der Prioritätsliste der Bundesbürger. Davon ist heute, bald zwanzig Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in Westdeutschland nichts mehr zu spüren.

Und in Ostdeutschland, dem Teilgebiet der Bundesrepublik, das einst den „real existierenden Sozialismus“ als kommunistisches Projekt beherbergte und schließlich 1989/90 überwand? Welche Bedeutung hat die Angst vor dem Kommunismus, hat der Antikommunismus dort heute? Nun, genau so wenig wie im Westen, genau so wenig wie der Kommunismus als reale Bewegung selbst.

Marx und Engels sind historisiert

Die „Sächsische Zeitung“ aus Dresden etwa ist im Kulturteil meist unpolitisch, im Wirtschafts-

teil neoliberal, im Lokalteil eher spießbürgerlich und im Politikteil eher regierungsbürgerlich orientiert, noch dazu der Verlag zu 40 Prozent im Eigentum der SPD. Eine ganz „normale“ deutsche Tageszeitung also, und diese brachte am 15. März 2008 in der Wochenendbeilage gleich fünf Seiten zum 125. Todestag von Karl Marx. Eine Reportage über das Karl-Marx-Haus in Trier und seine meist chinesischen Besucher, Biographisches zu Marx und Engels, Auszüge aus dem Kommunistischen Manifest nebst Karl-Marx-Tassen aus dem ehemaligen Karl-Marx-Stadt und freundlichen Kommentaren vom Chefvolkswirt der Deutschen Bank und dem Münchner Erzbischof. Diese Beilage wird kaum Protest oder Aufsehen auslösen, erst recht keine politischen Debatten. Marx und Engels sind historisiert, auch in Ostdeutschland. Und wer sich hierzulande noch nach den Strukturen und Gepflogenheiten der kommunistisch regierten DDR zurücksehnt, ist entweder Altstalinist oder – wenn jünger – meist Rechtsextremist. Das sind beachtenswerte Phänomene, jedoch weit weg von der Mehrheitsfähigkeit.

Blick zurück

Historisch hatte der Antikommunismus durchaus seine Berechtigung, etwa in der Abwehr expansiver Absichten der Sowjetunion und deren Unterwanderung demokratischer Organisationen und Institutionen in der alten Bundesrepublik – wenngleich

sich viele solcher Befürchtungen nicht nur im Nachhinein als hysterisch, überzogen und eigentlich vor allem zur

Herrschaftssicherung bürgerlicher Kräfte

Herrschaftssicherung bürgerlicher Kräfte und kapitalistischer Kräfteverhältnisse im Westen dienend herausgestellt haben.

Existentiell berechtigt war der Antikommunismus der Sozialdemokratie nach 1945, als die

Kommunisten im Osten die SPD mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht zwangsweise in die SED einschmolzen. Tausende von Sozialdemokratinnen

und Sozialdemokraten, gerade auch solche, die vorher die Verfolgung durch den Nationalsozialis-

mus durchgemacht hatten, wurden mundtot gemacht, verhaftet, zu Zwangsarbeit verurteilt, nach Sibirien verschleppt. Viele verloren dabei ihr Leben. Dass der Antikommunismus geradezu zum Gründungskonsens der alten Bundesrepublik wurde, ist nicht zum geringsten Teil den Verbrechen der deutschen und internationalen Kommunisten zu verdanken.

Der Begriff „Demokratischer Sozialismus“, wie er die sozialdemokratische Programmatik seit den 50er Jahren geprägt hat, ist nicht zuletzt ein antikommunistischer Kampfbegriff.

Der Antikommunismus wurde zum Gründungskonsens der alten Bundesrepublik

Mobilisierung gegen die Sozialdemokratie

Gleichzeitig diente der Appell an den Antikommunismus immer auch der Mobilisierung der Christdemokraten gegen die Sozialdemokratie. Adenauer gewann in den 50er Jahren zwei Bundestagswahlkämpfe damit, dass er die SPD der Nähe zu Moskau bezichtigte und einzelne ihrer Politiker, Herbert Wehner etwa, als unverbesserliche Kommunisten verleumdete. Insofern glaubte Roland Koch – ganz in dieser Traditionslinie – im Wahlkampf das alte Gespenst noch einmal aus der Mottenkiste holen zu können. Aber die Sache verfiel zunächst nicht: „Die Hessen mag derzeit vieles umtreiben; die Angst vor dem Kommunismus eher nicht“, schrieb der „Spiegel“ vor der dortigen Landtagswahl. Und die Hessen wählten nicht nur die „Linke“ in den Landtag, sondern gleich eine rot-rot-grüne Mehrheit gegen CDU und FDP.

Erfolg des antikommunistischen Appells?

Dass diese Mehrheit in Hessen jetzt nach der Wahl nicht regierungsfähig ist, liegt interessanterweise weder an der Bevölkerung noch an der Linkspartei. Vielmehr sind es vor allem Journalisten und Teile der politischen Klasse, die hysterisch diskutieren, ob solche Bündnisse in unserer politischen Kultur erlaubt sind. So verhindert der Erfolg des antikommunistischen Appells – hier in Gestalt einer einzelnen SPD-Landtagsabgeordneten – die Probe aufs Exempel.

Vorerst. Wenn unfähige Politiker und journalistische Dünnbrettbohrer weiter statt über politische Inhalte über Kooperations- und Koalitionsgebote und – verbote debattieren und damit die an sich bis auf zwei, drei Spitzenköpfe eigentlich unscheinbare Linkspartei im

Mittelpunkt des Interesses halten und den Praxistest ihrer Politikfähigkeit verhindern, wird es im Westen gehen wie ein Jahrzehnt zuvor im Osten: Am Ende kommt niemand mehr an ihnen vorbei, wenn er oder sie ohne die CDU regieren will. Da hilft alles Eingehen auf den antikommunistischen Appell nichts.

Warum nicht gleich auf Landesebene mit den „Linken“ koalieren? Die andere Seite des poli-

tischen Spektrums war mit so etwas nie sehr zimperlich. Als in Hamburg die Rechtspopulisten des Richters Gnadenlos Schill ins Stadtparlament Einzug hielten, hat sich die CDU des Herrn van Beust auch nicht drum geschert. Anstatt sich in einer oppositionellen Anti-Haltung zu konservieren und weiter von Politikverdrossenheit zu profitieren, lösten sich die mitregierenden Rechten in Hamburg auf. Und außer blauen Polizeuniformen und dem koksenden Schill erinnert heute kaum mehr etwas an den Verein. Oder die „Linken“ erweisen sich eben als dauerhafte, regierungsfähige demokratische politische Kraft wie damals die „Grünen“. Na um so besser.

Warum
nicht gleich
auf
Landesebene
mit den
„Linken“
koalieren?

... besser ist
eine
Diskussion
über
politische
Inhalte

... sein letztes Gefecht

Noch geht es um, das Gespenst des Antikommunismus. Doch inzwischen wirkt es lächerlich, und es scheint, es ist sein letztes Gefecht.



Über den Autoren:

Dr. Christoph Meyer ist Historiker, lebt in Dresden und arbeitet als Geschäftsführer des [Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.](http://www.herbert-wehner-bildungswerk.de)